"*der innenminister ist für mehr sicherheit. heute genügt es nicht mehr, verbrechen zu verurteilen und verbrecher zu bestrafen. es geht darum, bereits das umfeld zu kontrollieren, in dem verbrechen entstehen. es geht darum, personen und gruppen zu erfassen, die beim zustandekommen von verbrechen wirksam werden. der schlüssel dazu ist eine ausweitung von beobachtung, informationsermittlung und informationsverarbeitung. die technologie der datenermittlung und datenverarbeitung drängt, ob man sie braucht oder nicht, auf den markt, auch auf den, der sich schutz der demokratie nennt.*"

Das hat **Otl Aicher** geschrieben. Nicht dieses Jahr, nicht letztes, sondern 1988*.

Otl Aicher war Designer und Künstler, Denker und Philosoph, im Zweiten Weltkrieg Soldat und im Freundeskreis um Sophie und Hans Scholl (Die Weiße Rose). Nach dem Krieg heiratete er deren Schwester Inge. Er ist Mitbegründer der Hochschule für Gestaltung in Ulm. Für die Olympischen Spiele in München 1972, für BMW, Lufthansa, Airbus und viele andere Firmen hat er die Gestaltung der Logos, Piktogramme und Kommunikationsformen entwickelt.

Im Buch von Otl Aicher heißt es weiter:

"*der unbescholtene bürger hat keine angst vor seinem leumundszeugnis. sagt der innenminister. er übersieht allerdings, daß er damit auf dem weg in den überwachungsstaat ist.*
die demokratische struktur zerfällt, immer mit dem argument, dem bürger zu dienen. ein wohltätiger postfaschismus entsteht mit einem umfassenden kontrollsystem. wobei allein das wertsystem des

* in seinem Buch "typographie", zusammen mit Josef Rommen, erschienen im Verlag ernst&sohn.

ACHTUNG!

Schritt für Schritt werden derzeit, aber auch schon in näherer und fernerer Vergangenheit, Grundrechte beschnitten und beschränkt.

Die Folgen sind eine massive Einschränkung von Freiheiten, die letzten Endes zu einer sehr bedeutenden Veränderung dessen führen (können), was wir als Demokratie bezeichnen.

Diese Schritte erscheinen wie die eines Tanzes: Drei Schritt vor und zwei zurück.

Gesetze mit massiv grundrechtsverletzenden Inhalten werden in die öffentliche Diskussion gebracht. Bürgerproteste, Widerstände innherhalb der Parteien und Bundesverfassungsgerichtsurteile sorgen dann für eine Zurücknahme gewisser Anteile - zurück bleiben jedoch immer noch verhältnismäßig starke Gesetzesverschärfungen, die dann umgesetzt werden.

Wir vermuten keine Verschwörung oder bösartige Absicht der dafür Verantwortlichen dahinter.
Aber fest steht, dass derzeit ein rapider Abbau an Grundrechten zugunsten uneinlösbarer Sicherheitsversprechen betrieben wird.

Herausgeber dieses Blattes:

AK Vorrat, Ortsgruppe Hannover
Stand: November 2009
http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Hannover

Mehr Infos zum Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung:
www.vorratsdatenspeicherung.de

V.i.S.d.P.
Michael Ebeling, Kochstraße 6, 30451 Hannover,
micha_ebeling@gmx.de

AK VORRAT hannover

Es gibt kein Grundrecht auf Sicherheit!

Gedanken über die neue deutsche Politik der inneren Sicherheit

kontrollapparates und nicht das des kontrollieren, des demokratischen subjekts über die bewertung der kontrollen und die auswertung der daten entscheidet. das grundmotiv dieser hilfestellung für den bürger und seine sicherheit ist der satz: gemeinnutz geht vor eigennutz.
ließe sich die richtigkeit eines solchen satzes verifizieren, so wäre zum mindesten zu fragen: wer bestimmt, was gemeinnutz ist? der innenminister?
(...)
kann der staat überhaupt ein bild des idealen bürgers haben? woher weiß er, was der richtige bürger zu denken und zu tun hat und worin seine sicherheit besteht? ein staat besitzt keine intelligenz, höchstens interessen. und er hat so viele bürger, wie er einwohner hat. den bürger an sich gibt es nicht. er ist eine wortblase, vorzüglich geeignet, vom thema, nämlich den einzelnen bewohnern eines landes, abzulenken.
jeder bürger ist ein individuum, hat eigene vorstellungen und lebt sein eigenes leben, allein, mit anderen, in einer gesellschaft, aber immer als einzelne person, sein leben besteht aus handeln, sich verhalten, aber nicht im befolgen von gesetzen. der gesetzesgehorsam ist für ein gemeinwesen unerläßlich, er ist aber kein lebensziel. jeder bürger entwickelt sein leben selbst auf seine weise."

Aber Auseinandersetzungen und Ringen um Grundrechte fanden schon vorher statt - nach fast zehnjährigem Streit zwischen Parteien, Gewerkschaften, Opfern der Nationalsozialisten und Bürgerrechtlern wurden 1968 die **Notstandsgesetze** durch die damals regierende Große Koalition aus CDU und SPD verabschiedet - ein erster tiefer Einschnitt in das nach dem Dritten Reich sehr wohl überlegt gestaltete Grundgesetz.

Die Notstandsgesetze erlauben nämlich die Aussetzung und Beschneidung einiger Grundrechte in "bestimmten Ausnahmezuständen". Die Feststellung solcher "Notstände" ist im Gesetzestext mit unklaren Prämissen verknüpft und bietet so einen unverhältnismäßig großen Spielraum.

"*Eine Demokratie, die sich in Krisenzeiten selber aufgibt und beim ersten Anzeichen eines gesellschaftlichen Unwetters in autoritäre Zuckungen verfällt, ist keine wirkliche Demokratie.*"

Das sagte der aus Hannover stammende Gewerkschaftsführer **Otto Brenner** im Rahmen der damaligen Diskussionen.

Professor **Rudolf Bernhardt** von der Universität Frankfurt schrieb in diesem Zusammenhang:

"*Es spricht manches dafür, daß wir auf dem Wege sind, ständig in einem selbstgefertigten Panzer umherzulaufen, der zwar einen gewissen Schutz gewährt, aber die geistige und körperliche Beweglichkeit nachhaltig lähmt.*"

Das alles ist nun vierzig Jahre her. Die Notstandsgesetzgebung ist immer noch existent, die Aufregung darüber hat sich längst gelegt.

Gewöhnung.

Während die Volkszählung 1987 noch großen Bürgerprotest ausgelöst hat und eine Stärkung der Rechte der informationellen Selbstbestimmung durch das Bundesverfassungsgericht erreicht wurde, werden seit den Terroranschlägen von 2001 und auch in den letzten Monaten verstärkt grundrechtseinschneidende Gesetze geplant und durchgesetzt.

Begründet wurde das von den letzten Innenministern **Otto Schily** und **Wolfgang Schäuble** immer wieder durch Angst erzeugende Beschreibungen von Terrorszenarien und durch das Hochstilisieren bisher vereitelter Anschläge in Verbindung mit der Behauptung, der Staat müsse für die Sicherheit seiner Bürger Sorge tragen.

Es gibt aber kein Grundrecht auf Sicherheit.

Und es werden sich auch in Zukunft nie alle Terroranschläge verhindern lassen.
Das wird zwar nicht wörtlich behauptet, aber es wird im Rahmen der Schilderungen immer wieder suggeriert.

Der Grundsatz der scharfen Trennung von Polizei und Bundeswehr, von Geheimdiensten und Verfassungsschutz wird massiv beschädigt.

Vorratsdatenspeicherung, eine extreme Verschärfung des BKA-Gesetzes, Speicherung von biometrischen Merkmalen, Fingerabdrücken und Gen-Daten, Ausspähung von Emails, Telefonaten, und Handys, das Errichten einer neuen deutschen "Abhörzentrale", die Erfassung und Speicherung von Flug- und Fährgastdaten, die stark ausgeweitete Zusammenarbeit mit und der intensive Datentransfer in die USA, die geplante Einschränkung der Versammlungsfreiheit in Bayern sind besorgniserregende Schritte der allerjüngsten Vergangenheit und Gegenwart auf dem Weg, der durch Missbrauch der Daten eine Gefahr für die Freiheit der Bürger und das Funktionieren der Demokratie bedeutet.

Wir sollten <u>jetzt</u> Einspruch dagegen erheben!

„Und noch eine Debatte müssen wir - meine ich - ehrlicher führen. Eine Debatte darüber, dass jede Gesellschaft mit Risiken leben muss. Eine solche Debatte ist unverzichtbar, wenn wir nicht im Falle eine Anschlags unter dem Druck einer durch Populismus aufgewühlten öffentlichen Meinung zu kopflosen Entscheidungen kommen wollen.
Unübersehbar ist Sicherheit in allen Lebensbereichen zu einem Leitbild geworden. Zahlreiche Reglementierungen werden im Sicherheitsbereich ohne weiteres ohne Wimpernzucken beschlossen.
'Die Furcht vor der Freiheit' ist der Titel eines Buches von Erich Fromm, in dem er bereits Anfang der Vierziger Jahre im Zwanzigsten Jahrhundert eindrucksvoll seine Gedanken zum Wesen der Freiheit und ihrer Bedeutung für den modernen Menschen ausführt:
*≫Unsere Kultur hat die Tendenz, Menschen hervorzubringen, die keinen Mut mehr haben und die es nicht wagen, auf eine anregende und intensive Weise zu leben. Wir werden darauf getrimmt, nach Sicherheit als Lebensstil zu streben. Diese aber lässt sich hier nur dadurch erreichen, dass man sich vollständig anpasst und völlig gefühllos wird. So gesehen sind dann auch Freude und Sicherheit völlige Gegensätze. Denn **Freude ist das Ergebnis intensiven Lebens**.*
*Es bleibt die Feststellung, wir müssen bereit sein, Unsicherheit ertragen zu können. **Unsicherheit und Risikobereitschaft gehören zum Wesen des freien Menschen**.*
*Der freie Mensch ist notwendigerweise unsicher. Der denkende Mensch ist sich notwendigerweise seiner Sache **nicht** gewiss. Der Glaube an das Leben und an die produktiven Kräfte, die in jedem Menschen wohnen, begleiten den Weg zum selbstbewussten Ich-bin-ich.≪*"

Gerhart Baums Beitrag zu den Weimarer Reden. Rede vom 5. April 2009.